

PRESSEMITTEILUNG

Mittwoch, 3. März 2010

DIE LINKE: „Verdacht eines
arrangierten Gewaltszenarios“

Der Kreisverband Delmenhorst der Partei DIE LINKE hält auch nach den Rechtfertigungen von Oberbürgermeister De la Lanne daran fest, dass es im Zusammenhang mit dem Aufmarsch von Neonazis am Delmenhorster Rathaus eine eklatante Fehlentscheidung war, eine sogenannte „Mahnwache“ der Neofaschisten zu genehmigen. „Wir haben mehrere Rechtsanwälte unterschiedlicher demokratischer Parteien befragt, die übereinstimmend die Auffassung vertreten, dass es für die demokratische Reputation der Stadt Delmenhorst vor dem Hintergrund der positiven Widerstandereignisse im Jahr 2006 im Zusammenhang mit dem „Hotel am Stadtpark“ klüger gewesen wäre, diesen Aufmarsch zu verhindern“, erklären die beiden Sprecher der Partei, Jörg Dombrowe und Peter Vogel.

„Die NPD und ihre angegliederten und zur Gewalt bereiten Organisationen für demokratisch, weil nicht verboten zu erklären, ist schlicht eine Bankrotterklärung der Stadt und ihres Verwaltungschefs“. Die Tatsache, dass der Auftritt der Neonazis gegenüber dem Auftritt der linksorientierten Antifa um eine Stunde verschoben – offenbar zielgerichtet - arrangiert wurde, lässt jedoch den Verdacht entstehen, dass hier zwei von drei Akteuren – Neonazis, Polizei und Antifa – Hand in Hand gearbeitet haben – und zwar anlässlich der Eröffnung einer sogenannten Extremistenausstellung, die vom Verfassungsschutz arrangiert wurde. Dombrowe und Vogel: „Es ist nicht abwegig, hier von einem kalkulierten Szenario zu sprechen, zumal unsere Partei hier auch ganz klar ins Visier genommen wird, weil offenbar die Wahlerfolge nicht hingenommen werden wollen“.

Nachdem der geschäftsführende Vorstand der Linkspartei Videoaufnahmen zweier unabhängiger Medienagenturen von den Ereignissen am 25. Februar auf dem Delmenhorster Marktplatz einsehen konnte, kann ohne Vorbehalt die Feststellung getroffen werden: „Die Polizeikräfte haben in aggressiver Weise eine Sitzblockade der jungen Leute der Antifa aufgelöst, von den Beamten selbst ist extreme Gewalt ausgegangen“. Dombrowe und Vogel: „Die Videoclips beweisen, dass die Antifa keine Gewalt angewendet hat“.

Die Linkspartei in Delmenhorst beteiligt sich an der Gründung einer „Initiative zur Beobachtung von Polizeigewalt in Delmenhorst“, zu der auch Rechtsanwälte hinzugezogen werden.

Jörg Dombrowe
Sprecher DIE LINKE.
Ratsherr

Peter Vogel
Sprecher DIE LINKE.

Für Nachfragen: Peter Vogel, 0172-4296 289